



Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden- Württemberg

Nr. 16
9. November 2014

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Der DPoIG-ID erscheint ca. wöchentlich. Nachdruck honorarfrei. Quellenangabe erbeten.

Inhalt

- 01 DPoIG begrüßt Planungen zur Erhöhung der Einstellungszahlen**
- 02 Gleitzeit-Element für den Wechselschichtdienst gefordert**
- 03 Tarifvertreter der DPoIG verärgert über Umgang mit Tarifbeschäftigten**
- 04 Bezirksverband HfPol fordert Änderungen bei der Wiedereinstellung von Polizeianwärter**
- 05 DPoIG: Klare Absage zum Einlenken des GdP-Landesvorsitzenden zur Einführung einer Kennzeichnung von Polizeibeamten**
- 06 DPoIG-Personalräte beim Landtagspräsidenten**
- 07 Gemeinsamer Stellenplan Vollzug und Verwaltung bleiben auf der Agenda**
- 08 DPoIG-Kurzmeldungen**

E-Mail an das DPoIG-Team



Hinweise und Kritik zur Polizeireform: reformkritik@dpolg-bw.de

Die Polizeireform bewegt und erregt die Gemüter. Welche Erfahrungen und Feststellungen haben Sie gemacht? Was läuft nicht rund? Welche Probleme gibt es vor Ort? **Schreiben Sie uns ihre Kritik.**

Wir garantieren Ihnen einen vertraulichen Umgang und anonymisierte Verarbeitung.

01 DPoIG begrüßt Planungen zur Erhöhung der Einstellungszahlen

Quelle: IM BW/DPoIG BW

Stuttgart/Bruchsal – Offensichtlich wurde die Kritik und die Forderung der DPoIG zur Erhöhung der Einstellungszahlen im Stuttgarter Innenministerium erhört. Aktuell kann die DPoIG über einen konkreten Planungsauftrag des Innenministeriums und eine Bewertung des Innenministers, der den Fortbestand der Polizeischule in Bruchsal über den März 2016 als ernsthafte Option bezeichnete, berichten. DPoIG-Vize Ralf Kusterer zeigt sich über die Entwicklung erfreut. „Die große Frage wird sein, ob wir noch genügend Bewerber finden. Hier sehe ich Bruchsal im Norden Baden-Württembergs als Chance dafür, dass wir weiterhin potenzielle Bewerber in Nordbaden gewinnen können.“



Die DPoIG hatte in den vergangenen Wochen eine Erhöhung der Ausbildungsstellen gefordert und darauf hingewiesen, dass die Bewerberzahl in den ersten 8 Monaten mehr als bescheiden war. Dem stehen jetzt Planungen zur Erhöhung der Ausbildungszahlen gegenüber, die sich aufgrund der demografischen Entwicklung ergeben. Eine schnelle Erhöhung der Ausbildungszahlen ist erforderlich, um schneller auf gut ausgebildete Polizeibeamte/innen zurückgreifen zu können.

Wie die BNN berichtete, könnte im Zuge der deutlich ansteigenden Ausbildungsstellen auf 1200 statt derzeit 700 der Schulbetrieb in Bruchsal noch länger erhalten bleiben. Dies sei auch für Innenminister Gall eine ernsthafte Option, wie der ehemalige Innenminister Rech nach einem Gespräch mit Gall sagte. Bruchsal könne zumindest so lange geöffnet bleiben bis der Ausbau in Biberach fertiggestellt ist beziehungsweise die demografisch bedingten Ausbildungszahlen wieder sinken.

Unterdessen hat das Innenministerium offensichtlich einen Planungs-/Prüfauftrag erteilt, der auch zahlreiche Kritikpunkte der DPoIG enthält.

- Mindeststandard 2 Bett-Zimmer
- Weiterer zusätzlicher Polizeischulstandort (außer Bruchsal)
- Erhöhter Lehrerbedarf

Dabei soll sich dieser Planungsauftrag primär an einer Erhöhung der Ausbildungszahlen ab 2017 orientieren.

DPoIG-Vize Ralf Kusterer begrüßt ausdrücklich die Entscheidung des Innenministers zum Standort Bruchsal und zum Start einer Ausbildungsoffensive. „Jeder Schritt auf dem Weg nach Bruchsal und in eine Verbesserung unserer Ausbildungsstruktur ist ein positiver Schritt in die Zukunft, den wir begrüßen. Gerade in der vergangenen Woche hat sich ein Kollege beschwert, dessen Sohn zur Einstellungsprüfung von Mannheim nach Biberach fahren musste und jetzt erneut zur ärztlichen Auswahluntersuchung wieder nach Biberach fahren muss. Man darf den Bogen nicht überspannen, das machen die jungen Bewerber nicht lange mit.“

Nach einer aktuellen Umfrage der Industrie- und Handelskammer Stuttgart ist für fast 60% der Berufseinsteiger die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei der Berufswahl wichtig. Eine gute Verkehrsanbindung auf dem Weg zur Arbeit ist den jungen Bewerbern ebenso wichtig. Fast 40 % zeigen sich auch stark heimatverbunden. Sie wünschen sich, dass der Ausbildungsstandort in der Nähe ihres Heimatortes liegt.

02 Gleitzeit-Element für den Wechselschichtdienst gefordert

Quelle: DPoIG

Tübingen – Der DPoIG-Landesvorsitzende Joachim Lautensack hat die Forderung der DPoIG nach einer Reduzierung der Wochenarbeitszeit für den Wechselschichtdienst erneuert und die Einführung von Gleitzeitelementen in der Arbeitszeitregelung für den Wechselschichtdienst gefordert. Lautensack will, dass den Belastungen des Schichtdienstes besser entgegengewirkt und darüber hinaus auch arbeitszeitrechtlich die Rahmenbedingungen verbessert werden.



Eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden und/oder eine Faktorisierung von Nachtdienststunden für den Wechselschichtdienst sieht Lautensack als eine Grundvoraussetzung für grundlegende Arbeitszeitüberlegungen. Ferner betrachtet der DPoIG-Chef die Einführung gleitzeitähnlicher Elemente als zwingende Voraussetzung, wenn man über Veränderungen reden will. Die Frage von „Gleitzeit/Funktionszeit/Rahmenarbeitszeit“ für den Wechselschichtdienst muss geklärt werden. „Zahlreiche strategisch-taktischen Aktivitäten der DPoIG folgen diesen Zielvorstellungen, mit denen wir eine deutliche Attraktivitätssteigerung im Wechselschichtdienst erreichen wollen“, so Lautensack.

Die aktuelle Diskussion um die Einführung der zentralen Zeitwirtschaft macht deutlich, wie nah die DPoIG an den Sachthemen dran ist und welche positiven Auswirkungen beispielsweise die Einführung von Gleitzeitelementen auf die Abläufe hat. Wichtig ist es dabei Lautensack, dass solche positive Gleitzeitelemente landesweit zur Verfügung stehen und keine Zwei-Klassen-Polizei entsteht. Die Vorteile selbst liegen auf der Hand. Hoffen wir, dass es Lautensack gelingt auch das Innenministerium von dieser Notwendigkeit zu überzeugen; es wäre nicht das erste Mal.

03 Tarifvertreter der DPoIG verärgert über Umgang mit Tarifbeschäftigten

Quelle: dbb/DPoIG BW

Böblingen – Zahlreiche DPoIG-Tarifvertreter aus dem ganzen Land haben bei einem Treffen mit dem stellv. Bundesvorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes Hans-Ulrich Benra und Vertretern der dbb-tarifunion den Umgang mit den Tarifbeschäftigten in der Polizei Baden-Württemberg bemängelt und ihrem

Ärger Luft verschafft. Unterstützung bekamen sie von DPoIG Kreis- und Bezirksvorsitzenden. Überrascht zeigte sich die Spitze des Deutschen Beamtenbundes besonders über den Umgang mit den Tarifbeschäftigten im „Musterländle“ Baden-Württemberg im Zusammenhang mit deren reformbedingten Verwendung, weil die Darstellungen der Landesregierung hierüber ein völlig anderes Bild zeichne.

Man konnte das Knistern in der voll besetzten Veranstaltungshalle förmlich hören. Die Aufforderung zum Dialog und zur Nennung von Problemfeldern ließen sich die engagierten DPoIG-Tarifvertreter nicht zweimal zwei Mal sagen. Die teilweise auch ausführlichen Sachverhaltsdarstellungen zeigen eine tiefe Betroffenheit unter den Tarifbeschäftigten in der Polizei.



„Für 8 Stunden Arbeit bin ich 11 Stunden unterwegs. Auf den Kosten für die Fähre bleibe ich im nächsten Jahr sitzen. Das ist eine drastische Gehaltskürzung.“

**Gaby Holick,
DPoIG Bodensee**



„Der Personalbestand wird zunehmend zu einem Problem. Zuviel Personal findet man in keiner Dienststelle. Aber viele Dienststellen haben schlichtweg zu wenig Personal. Das gilt insbesondere auch für den Tarifbereich.“

**Peter Mangel,
Bezirksvorsitzender**



„Seit Reformbeginn gibt es so gut wie keine Personalmaßnahmen. Die Entscheidungen über das Innenministerium sind mehr als zäh. Trotz mehr Aufgaben, bleibt der Lohn gleich. Das ist nicht in Ordnung.“

**Robert Dischinger,
DPoIG Bruchsal**



„Aus vielen Bereichen wird geschildert, dass es bisher keine oder kaum Stufenlaufzeitverkürzungen gegeben hat. Das ist mehr als ärgerlich. Seit Jahren setze ich mich im Hauptpersonalrat dafür ein. Wir waren auf einem guten Weg. Offensichtlich brauchen die neuen Dienststellen eine neue Weisung vom Innenministerium. Darum werde ich mich kümmern.“

Martin Schuler, DPoIG-HPR Vertreter



„Der Personalmangel im Tarifbereich ist an allen Ecken und Enden spürbar. Das macht die Menschen krank und schadet uns allen.“

**Gerfried Blüml,
DPoIG Heilbronn**



„In den neuen Polizeipräsidien werden teilweise Tätigkeiten von Beamten ausgeübt, die eigentlich dem Tarif zustehen und für Tarifbeschäftigte auch eine Höhergruppierung bringen könnte. Da brauchen wir eine Lösung. Man kann das eine Tun ohne das andere zu lassen.“

**Bernd Matt,
DPoIG-Freudenstadt**



„Der Einstellungsstopp im Tarifbereich tut uns weh. Wenn man jetzt max. nur 2 Personen auf einer Stelle führen kann und nicht beide zusammen 100% arbeiten, dann müssen weitere Arbeiten von anderen übernommen werden.“

**Martin Müller,
DPoIG Waiblingen**



„Dass man mehr als 10 Monate benötigt, um zu wissen, welcher Beschäftigter in der Polizei wo arbeitet und wieviel er verdient, ist eine Bankrotterklärung. Das kann sich kein anderes Unternehmen leisten. Und wir auch nicht, weil daran Menschen hängen, die auf ihre Arbeit angewiesen sind. Zahlreiche befristete Arbeitsverträge stehen auf der Kippe. Die Beschäftigten bangen um ihre Zukunft. Wo bleibt die soziale Verantwortung der Politik.“

Wolfgang Kleebauer, DPoIG Aalen

Zum Abschluss machten die DPoIG-Vertreter symbolisch deutlich, dass sie die Kolleginnen und Kollegen nicht im Regen stehen lassen werden.



Wer kämpft kann verlieren. Wer nicht kämpft hat schon verloren!!

04 DPoIG-Bezirksverband Hochschule für Polizei fordert Änderungen bei der Wiedereinstellung von Polizeianwärtern

Quelle: DPoIG

Stuttgart – Anlässlich einer Tagung des DPoIG-Bezirksverbandes Hochschule für Polizei erneuerte Bezirksvorsitzender Kibler (Biberach) die Forderung nach einer Änderung der Laufbahnverordnung Polizei, die eine unmittelbare und lückenlose Wiedereinstellung ermöglicht. Eine auch noch so geringe „arbeits-“ und „schutzlose“ Zeit, und sei es nur ein Wochenende, hält der Bezirksverband für völlig inakzeptabel. Betroffen sind Polizeimeister- wie auch Polizeikommissarsanwärter.



Die Frage, ab welchem Zeitpunkt die Ausbildung endet und ab welchem Zeitpunkt eine Wiedereinstellung beginnt, ist für die betroffenen Polizeiauszubildenden von großer Bedeutung. Die Aushändigung der Zeugnisse und/oder die Mitteilung der Prüfungsergebnisse sind dabei zu beachten. Denn dieser formelle Akt kennzeichnet die Beendigung der Ausbildung. „Eigentlich“, so Berthold Kibler „wäre das kein Problem, wenn lückenlos eine Wiedereinstellung der Beamten in Ausbildung erfolgen kann. Das scheitert meist aber daran, dass die Polizei über keine Stellen verfügt, auch nicht kurzfristig. Die Folge wäre, dass der Zeitpunkt der zwischen der Beendigung der Ausbildung und der Wiedereinstellung liegenden Zeit die Kolleginnen und Kollegen völlig im „luftleeren“ Raum hängen lässt - und dies mit vielen Nachteilen, wie versorgungs- und beamtenrechtliche Problemstellungen.

Kibler wörtlich: „Wir erwarten eine Regelung, die eine lückenlose Übernahme garantiert. Nur so kann auch der Dienstherr seinem Fürsorgeauftrag gerecht werden. Nach verschiedenen Gesprächen bin ich optimistisch, dass unser Anliegen bereits in einer aktuell anstehenden Änderung der Polizei-Laufbahnverordnung berücksichtigt wird.“

05 DPoIG: Klare Absage zum Einlenken des GdP-Landesvorsitzenden zur Einführung einer Kennzeichnung von Polizeibeamten

Quelle: DPoIG

Stuttgart - DPoIG bleibt beim NEIN zur Kennzeichnungspflicht. Diese Garantie gab der Vorsitzende des DPoIG-Bezirksverbandes Einsatz, Ingo Tecquert, den Kolleginnen und Kollegen im PP Einsatz, die erschüttert auf die Ankündigungen des GdP Landesvorsitzenden zum Einlenken bei der Kennzeichnungspflicht reagierten.

Im DPoIG-Bezirksverband Einsatz zeigt man sich - gelinde formuliert - verwundert über den plötzlichen Sinneswandel des GdP-Landesvorsitzenden Seidenspinner in Sachen Kennzeichnungspflicht. Noch vor ein paar Wochen waren sich beide Gewerkschaften einig und lehnten eine Kennzeichnungspflicht kategorisch ab. Bei einer Podiumsdiskussion in Bruchsal untermauerten Einsatzkräfte, Gewerkschafter der DPoIG und GdP sowie Polizeipräsident Mürder mit verschiedensten Argumenten ihre Haltung gegen die Nummerierung von Einsatzkräften. Spitzenpolitiker wie Thomas

Blenke von der CDU und Hans-Ulrich Rülke von der FDP unterstützten hierbei die Gegner der Kennzeichnungspflicht.

Was in der vergangenen Woche in der Badischen Zeitung zu lesen war, ist für Jürgen Engel, stellv. Bezirksvorsitzender der DPoIG, der falsche Weg und ein fatales Zeichen in Richtung Innenminister, welches unserer Position nicht gerade stärken wird", so Engel.

Seidenspinner hätte laut einem Bericht in der Badischen Zeitung erstmals angedeutet, dass die GdP nicht generell gegen eine Kennzeichnung von Polizeibeamten wäre. Ihr Landesvorsitzender Rüdiger Seidenspinner sprach bei einer Diskussionsveranstaltung der Humanistischen Union und des Instituts für Kriminologie an der Uni Freiburg. Im Lauf der Veranstaltung hätte sich dann auch Seidenspinner beweglich gezeigt. "Wenn die Landesregierung endlich mal sagt, was sie vorhat, kann man auch konstruktiv darüber reden." Allerdings müsse dann auch über Dinge gesprochen werden, die der Polizei wichtig seien, etwa ein besserer Rechtsschutz für Polizisten, die Opfer einer Gewalttat wurden", wird Seidenspinner zitiert.

Der Vorsitzende des Bezirksverbandes Ingo Tecquert und sein Stellvertreter sind sich einig: "In dieser Sache brauchen wir keinen Deal zu machen. Andere Themen wie die Verbesserung des Rechtsschutzes gegen die Nummerierung unserer Einsatzkräfte einzutauschen ist kein gangbarer Weg. Die GdP verspielt so unsere Verhandlungsposition."



Jürgen Engel

Ingo Tecquert

Engel sieht auch hier Parallelen zur Polizeireform. "Seidenspinner kann leicht über unsere Probleme reden und uns in den Rücken fallen. Er muss ja im Einsatz nicht mit einer Nummer rumlaufen. Bei der Zerschlagung der Bereitschaftspolizei und der Auflösung der Polizeischule in Göppingen hatte Seidenspinner auch auf angebliche Chancen hingewiesen und seinem Minister den Rücken gestärkt. Das hat uns in unserer Argumentation sehr geschadet und geschwächt. Ausbaden müssen das aber heute die Lehrer, die täglich fast 100 Kilometer nach Biberach fahren müssen und nicht der GdP-Landesvorsitzende."

06 DPoIG-Personalräte beim Empfang des Landtagspräsidenten

Quelle: DPoIG

Stuttgart - Landtagspräsident Guido Wolf hat Ende Oktober bei einem Empfang für Personalräte, welche Mitgliedsgewerkschaften und Verbänden des BBW angehören, die Arbeit der Personalvertretungen „als ungemein wichtig“ gewürdigt. Zu dem Empfang waren Abgeordnete der CDU, der SPD und der FDP gekommen. Zahlreiche DPoIG-Personalräte folgten der Einladung des Landtagspräsidenten und nutzen den Empfang zum direkten Gedankenaustausch.

BBW-Chef Volker Stich dankte dem Gastgeber für die Einladung. Sie sei ein Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung, was die Beamtinnen und Beamten doppelt zu würdigen wüssten, insbesondere weil ihnen die grün-rote Landesregierung beides

verweigere und stattdessen ihren beruflichen Einsatz und ihr Engagement mit verzögerten Gehaltserhöhungen und Abstrichen bei der Beihilfe „belohne“.



Landtagspräsident Wolf hat bereits zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode Personalräte der DPoIG im Landtag empfangen. Bei der jüngsten Veranstaltung bescheinigte er, dass die Tätigkeit der Personalräte „die Voraussetzung dafür sei, dass das Innenleben der öffentlichen Verwaltung reibungslos und effizient funktionieren kann“.

Den Personalräten falle die Aufgabe zu, die Interessen der Beschäftigten gegenüber der Dienststellenleitung zu vertreten. Dabei müssten sie jedoch auch die Aufgabenerfüllung ihrer Dienststelle und insbesondere das Gemeinwohl im Blick behalten. „Diese Ziele abzuwägen und miteinander in Einklang zu bringen ist herausfordernd und anspruchsvoll“, sagte Wolf. In einer sich wandelnden Arbeitswelt stellten die gewählten Vertreter für die Beschäftigten des Landes ein modernes, faires und humanes Arbeitsumfeld sicher. In Zeiten des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels sei es ein Anliegen aller, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber zu erhalten.



07 Gemeinsamer Stellenplan Vollzug und Verwaltung bleiben auf der Agenda

Quelle: DPoIG BW

Stuttgart – Anlässlich eines Gesprächs mit dem Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Claus Schmiedel hat der DPoIG-Landesvorsitzende Joachim Lautensack die Forderung nach einem gemeinsamen Haushaltsstellenplan für Polizeibeamte und Verwaltungsbeamte wiederholt.

Lautensack: „Es ist schlichtweg schäbig, wenn wir Kolleginnen und Kollegen in unserer Verwaltung beschäftigen die sich seit 17 Jahren und mehr in der Besoldungsgruppe A7 befinden. Das ist die Spitze des Eisbergs im Verwaltungsbereich. Wir erleben gerade in diesem Jahr, dass all diejenigen, welche die Beförderungsurkunden für uns Polizisten ausstellen ohne selber bei Beförderungen leer ausgehen. Das kann doch nicht gerecht sein.“



„Gefühlte 100 Jahre schon fordert die DPoIG einen gemeinsamen Stellenplan für die Polizei, bei der kein Unterschied mehr zwischen Beförderungsstellen der Polizeivollzugsbeamten und der Verwaltungsbeamten gemacht wird“, stellte Lautensack fest. „Die von Uschi Korn, der DPoIG-Landesverwaltungsbeauftragten, mit dem damaligen Innenminister Rech durchgesetzte Härtefallregelung war eine gute Ausgleichsmöglichkeit, welche aber heute nicht mehr ausreicht.“



Fraktions-Chef Schmiedel räumte in dem Gespräch ein, dass er bei seiner „Tour de Ländle“ überall auf die schlechte Situation bei den Verwaltungsbeamten angesprochen wurde. Nach dem Hinweis des DPoIG-Landesvorsitzenden, dass die geforderten Änderungen keinen einzigen Cent mehr kosten aber für ein Mehr an Gerechtigkeit innerhalb der Polizei und einer Steigerung der Zukunftsperspektiven bei den Verwaltungsbeamten sorgen, sicherte der Chef der SPD-Landtagsfraktion zur Schaffung eines gemeinsamen Stellenplans ein Gespräch mit dem SPD Finanzminister Nils Schmied zu. Wir sind gespannt auf die Reaktion aus dem Finanzministerium und werden über die weitere Entwicklung berichten.

07 DPoIG-Kurzmeldungen

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: dbb

Gesetzliche Verbesserungen im Pflegebereich auf Beamte übertragen.

Der dbb beamtenbund und tarifunion hat die Entscheidung des Bundeskabinetts begrüßt, über ein Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf und der wachsenden Zahl von Pflegefällen mit rechtlichen und finanziellen Verbesserungen zu begegnen. 'Wenn man der demografischen Herausforderung begegnen will, muss man erkennen, dass die Weiterentwicklung des Familienpflegezeitgesetzes und des Pflegezeitgesetzes überfällig ist', kommentierte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt die Absicht der Großen Koalition. „Fast die Hälfte der über zweieinhalb Millionen Pflegefälle in Deutschland wird ausschließlich durch Angehörige unterstützt, darunter überwiegend Frauen und zwangsläufig auch immer mehr Personen im Berufsleben.“ Der dbb sieht in der Einführung eines Rechtsanspruchs auf Familienpflegezeit und auf finanzielle Förderung durch zinslose Darlehen zur besseren Bewältigung des Lebensunterhalts während der Freistellung einen spürbaren Fortschritt. „Die Begrenzung auf Arbeitnehmer ist dabei nicht plausibel. Ob eine Familie von einem Pflegefall betroffen ist, hängt nicht vom Status des Ernährers ab“, so der dbb Chef. „Darum dürfen Beamtinnen und Beamte auch nicht von den geplanten

Fördermaßnahmen ausgeschlossen bleiben. Familiäre und berufliche Verpflichtungen unter einen Hut zu bringen, ist gerade angesichts der Altersstruktur im öffentlichen Dienst auch ein Thema für Beamtinnen und Beamte.“ Der dbb erwarte daher, dass die schon geltenden Regelungen im Bundesbeamtenrecht über Teilzeit und Vorschuss bei Pflegefällen parallel fortgeschrieben werden, im Bund und in allen 16 Bundesländern.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: DPoIG

Stärkster Anstieg der Einwohnerzahl Baden-Württembergs seit 2001 Bevölkerungsplus von 62 200 Personen

Die Einwohnerzahl Baden-Württembergs ist im Jahr 2013 um 62 200 Personen auf 10 631 300 Einwohner angestiegen. Damit fiel der Bevölkerungszuwachs im vergangenen Jahr so stark aus wie seit dem Jahr 2001 nicht mehr, so das Statistische Landesamt. 2012 lag der Anstieg der Einwohnerzahl im Südwesten noch bei 54 600 Personen, in den Jahren 2008 und 2009 war sie sogar rückläufig.

Die positive Bevölkerungsentwicklung im Land ist ganz überwiegend auf eine hohe Zuwanderung zurückzuführen: Der Wanderungsgewinn, also die Differenz zwischen Zu- und Fortziehenden, lag im vergangenen Jahr bei 71 400 Personen. Damit hat sich das Wanderungsplus das vierte Jahr in Folge erhöht. Vier Jahre zuvor zogen lediglich 3 400 Personen mehr nach Baden-Württemberg zu als fort. Begünstigt wurde diese dynamische Bevölkerungsentwicklung im vergangenen Jahr nach Angaben des Statistischen Landesamtes aber auch dadurch, dass das Geburtendefizit, also die Differenz zwischen der Zahl der Geborenen und der Verstorbenen, von 11 100 Personen im Jahr 2012 auf zuletzt 10 400 leicht zurückgegangen ist. Zwar ist die Anzahl der Verstorbenen im Land nochmals von ca. 100 600 im Jahr 2012 auf 101 900 im vergangenen Jahr angestiegen – der höchste Wert seit der Gründung des Landes im Jahr 1952. Gleichzeitig hat sich aber auch die Geborenenzahl von 89 500 auf 91 500 erhöht.

Das Statistische Landesamt kommt in seiner aktuellen Bevölkerungsvorausrechnung zu dem Ergebnis, dass die Einwohnerzahl im Südwesten noch bis zum Jahr 2021 ansteigen und erst danach sinken wird.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: DPoIG

Heilfürsorge - Keine elektronische Gesundheitskarte (eGK) ab 01.01.2015

Die zum 01.07.2014 für heilfürsorgeberechtigte Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte sowie technische Beamtinnen und Beamte der Landesfeuerweherschule eingeführte Krankenversichertenkarte bleibt auch nach dem 01.01.2015 gültig.

Im Gegensatz zu den gesetzlichen Krankenkassen werden bei den sonstigen Kostenträgern wie z.B. der Heilfürsorge weiterhin nur Krankenversichertenkarten ohne Lichtbild ausgegeben. Dem gegenüber können gesetzlich Krankenversicherte ab dem 01.01.2015 nur noch mit der elektronischen Gesundheitskarte den Arzt, Psychotherapeuten oder Zahnarzt aufsuchen, da deren alte Chipkarten ohne Lichtbild dann ungültig werden.

Ende DPoIG-ID Nr. 16/2014

ÖKUMENISCHE GEDENKFEIER

für die im Dienst getöteten
Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten
des Landes Baden-Württemberg

Sonntag, 23. November 2014, 15:00 Uhr
Heilig-Geist-Kirche
Marktplatz
69115 Heidelberg

Liturgie

Landespolizeipfarrer
Bernhard Goetz

Ansprache

Innenminister
Reinhold Gall MdL

Predigt

Landespolizeidekan
Bernhard Metz

Musikalische Gestaltung

Polizeichor des
Präsidiums Mannheim
Landespolizeiorchester
Baden-Württemberg
Orgel
Michael Braatz-Tempel



Kirchliche Arbeit
in der Polizei



Baden-Württemberg

INNENMINISTERIUM